

# MENSCHENRECHTE UND UMWELTFLÜCHTLINGE

Welche Rechte der Bewohner Kiribatis werden durch den Klimawandel verletzt?



---

## Inhaltsverzeichnis

1.	Ioane Teitiota	1
2.	Aufgaben	2



---

## 1. Ioane Teitiota

„Ioane Teitiota wuchs im Pazifik-Inselstaat Kiribati auf, der [...] teilweise nur ein paar Meter über dem Meeresspiegel lieg[t]. Durch den ansteigenden Meeresspiegel war die Insel [...] von Überschwemmung bedroht. Seit längerem schon ist Trinkwasser ein Problem, das nicht sauber ist und bei [Teitiotas] Kindern zu Krankheiten geführt hat. Auch bei den Ernten erlitt er Einbußen. 2013 floh Teitiota schließlich nach Neuseeland, um dort Asyl zu beantragen. Sein Antrag wurde jedoch als unbegründet abgelehnt und er wurde abgeschoben.

Ioane Teitiota ist nicht allein. Jährlich fliehen ca. 6 Millionen mehr Menschen vor den Folgen des Klimawandels. Das UNHCR schreibt: „Es gibt zahlreiche regionale Beispiele für Klimawandel als Fluchtverstärker. So wurden im Nordosten von Syrien bereits vor Ausbruch des Bürgerkrieges 1,5 Millionen Menschen entwurzelt. Grund dafür war eine fünfjährige Dürre, die diese Region heimsuchte. Weitere klimabedingte Vertreibungen finden sich in der sudanesischen Provinz Darfur, im Irak und Somalia. In den meisten Fällen sind Klimawandel, Verfolgung und Gewalt sich ergänzende Fluchtfaktoren.“



## 2. Aufgaben

1. Lies dir die Geschichte durch.
2. Wo liegt Kiribati? Such den Inselstaat auf Google Maps und suche die „Nachbarstaaten“ von Kiribati.
3. Welche Menschenrechte werden verletzt? [Einen Überblick über die weltweit geltenden Menschenrechte findest du im Modul [Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – 30 Artikel in Bildern](#)]. Die Lösung findet ihr auf der nächsten Seite.
4. Wie sollten Staaten mit Menschen wie Ioane Teitiota umgehen, die wegen der Folgen des Klimawandels fliehen und um Asyl suchen?
5. Gibt es einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und dem Ausbruch von Gewalt? Stellt eine Hypothese (Vermutung) auf und überprüft sie durch eigene Recherchen im Internet.

Lösung: Verletzt zu werden drohen etwa die Rechte auf soziale Sicherheit, Wohnen, Nahrung, Gesundheit, Eigentum und Beruf sowie Bildungschancen und sauberes Trinkwasser.